

Qualitativer Teil zum Berichtswesen „Familienbildung und -beratung“ (gemäß GR J 2/22, Abschnitt 7.1)

Vorbemerkung

Der qualitative Teil zum Berichtswesen „Familienbildung und -beratung“ dient der Erklärung und Ergänzung des quantitativen Berichtswesens. Der Bezirk wird gebeten, über **die wesentlichen Entwicklungen und Förderstrategien in Bezug auf die Einrichtungen der „Familienbildung und -beratung“ im Bezirk** zu berichten, damit die Fachbehörde diese Aspekte im Rahmen der Globalsteuerung einbeziehen kann. Die Darstellungen dienen als Grundlage des Austausches und der Zusammenarbeit der Fachbehörde mit den Bezirksamtern.

Eine kurze, stichwortartige Beantwortung der Fragen reicht aus.

1. Hat sich die **Anzahl der öffentlich geförderten Einrichtungen der Familienbildung und -beratung** verändert bzw. ist eine Änderung geplant? Wenn ja, wie und warum?

(z.B. durch Entkommunalisierung, Zusammenlegung oder Einstellung von Angeboten)

nein.

2. Welche **Bedarflagen von Familien** nehmen Sie wahr? Gibt es Veränderungen?

(z.B. besonderer Unterstützungsbedarf, neue Probleme und Themen)

Im Jahr 2022 hat sich die Corona-Pandemie weiterhin als eine Herausforderung für die Familienbildung und -beratung gezeigt. Die Pandemie hat ihre Spuren hinterlassen und bei vielen Familien zu einer Verschärfung bestehender Probleme geführt, was sich u.a. in einem deutlich gesteigerten Beratungsbedarf niederschlug. Besonders sichtbar wurde dies in den Bereichen der Familienkonflikte, der Belastung durch Home-Office und Home-Schooling, sowie psychischer Belastungen. Diese sind bei Eltern und Kindern erheblich gestiegen.

Die Auffälligkeiten der Kinder und Jugendlichen im Sozialverhalten und psychischen Belastungen wie: Aggressionen, Ängste, Depressionen, Essstörungen, Zwänge, Schulabsentismus, Rückzugstendenzen, erhöhter Medienkonsum und dergleichen haben stark zugenommen. Der Bedarf an intensiver Beratung bei gleichzeitig erhöhter Nachfrage der Beratungen und Angebote ist insgesamt deutlich gewachsen. Es gab einen Mangel an Kinder

und Jugendtherapeut*innen sowie auch Erwachsenen-Therapeut*innen verbunden mit sehr langen Wartezeiten.

Eltern und Kinder leiden nach wie vor unter sozialer Isolation: Freundschaften sind kaputt gegangen und Kontakte mit Eltern, die auch gerade ein Baby bekommen haben (in 2020-2022) sind kaum/nicht vorhanden. Kinder haben keine Erfahrungen mit Gruppen machen können. Dadurch sind „Pandemie-Spätfolgen“ entstanden, z.T. wird jetzt erst wahrgenommen, wie hoch die Sorgen und Belastungen waren.

Kinder aus suchtbelasteten Familien werden oft als die vergessenen Kinder bezeichnet. Die Anzahl auch dieser Kinder ist hoch. Die Unterschiede zwischen psychischen Erkrankungen und Suchterkrankungen sollten berücksichtigt werden, um den Familien bestmögliche Unterstützung zu bieten. Ihr Alltag ist durch vielfältige soziale und psychische Probleme gekennzeichnet und sie haben ein besonders hohes Risiko, selbst suchtkrank zu werden oder andere psychosomatische Störungen zu entwickeln. Die Suchtbelastung ist auch in der Familie ein tabuisiertes Thema. Dadurch ist es schwierig, den Kindern die angemessene Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen.

Neben Stress, Isolation, psychischen Belastungen sind in vielen Fällen finanzielle Not, Einkommensverluste der Eltern, Jobverlust, mangelnde digitale Ausstattung für Home-Schooling und fehlende soziale Teilhabe sichtbar geworden. Durch den Angriffskrieg auf die Ukraine und den im Zusammenhang damit gestiegenen Preisen für Energie und Lebensmittel verschärften sich die finanziellen Problemlagen der Familien deutlich. Zudem gab es weiterhin eine Wohnraumverknappung und steigende Mieten. Insbesondere bei kleinen Kindern bestand Medikamenten- und Ärzt*innen-Mangel.

Der Zugang zu Ämtern und Behörden war eingeschränkt und die Klient*innen waren häufig nicht in der Lage, ihre Angelegenheiten ohne Unterstützung auf digitalen Wegen zu regeln.

Die Nachfrage von Menschen mit „Migrationshintergrund“ u.a. auch aus Folgeunterkünften ist insbesondere im Bereich der Beratung von Familien mit U6-Jährigen gestiegen. Es bestand 2022 ein erhöhter Bedarf an Sprachmittlungen. Hier nahm neben der Unterstützung bei verschiedenen Behörden und Ämtern auch die zeitintensive Unterstützung für die Verlängerung der Aufenthaltstitel zu. Hinzu kamen schlechte Erreichbarkeit und sehr lange Bearbeitungszeiten bei Ämtern und Behörden. Geflüchtete aus Ländern außerhalb der Ukraine äußerten wiederholt ihren Unmut über die unterschiedliche Behandlung und Wartezeiten bei verschiedenen Behörden. Dies wird als „Zwei-Klassen-System-Geflüchteter“ wahrgenommen.

3. Sind Ihnen Veränderungen in der **fachlichen Arbeit** von Einrichtungen der Familienbildung und -beratung in Ihrem Bezirk bekannt? Gründe?

(z.B. Zielgruppenorientierung, Methoden, Kooperationen)

In den Einrichtungen sind die Belastungen der Mitarbeitenden deutlich gestiegen. Es ist schwierig, qualifizierte Fachkräfte bzw. Lehrkräfte zu finden, so dass immer wieder längere Vakanzen entstehen.

Durch die sehr gute Vernetzung und die Einführung der erweiterten Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe Altona konnten einige Herausforderungen besser bewältigt werden.

Der Fokus der Einrichtungen richtet sich mehr auf die Selbstwirksamkeit und die Ressourcen der Familien. Dies gelingt zunehmend.

Online-Angebote finden sehr viel weniger statt, da es nach der Pandemie ein Bedürfnis nach echter/realer Begegnung gibt. Allein im Bereich der Beratung von Familien finden auf Nachfrage einige Online-Angebote oder telefonische Beratungen statt.

Der Bezirk möchte das Augenmerk stärker auf die Väterarbeit richten. Dies ergibt sich aus den Berichten der Einrichtungen. Auch hier ist die Selbstwirksamkeit wichtigster Baustein. Ein weiterer Schwerpunkt sollte hier die Prävention insbesondere die Gewaltprävention sein.

Mehrere Einrichtungen haben explizite Angebote und neue Formate für Väter (und ihre Kinder) entwickelt. Da Väter häufig weiterhin die „Haupternährer“ sind, verschieben sich dadurch teilweise die Angebotszeiten in den Einrichtungen auf die Wochenenden und Abende.

4. Gibt es Veränderungen in den **Planungs- und Steuerungsprozessen** des Bezirks oder werden diese angestrebt? Gründe?

(z.B. im Rahmen der Sozialraumorientierung, Umstrukturierung in der Verwaltung, bedarfsgerechte Umsteuerung)

Im Rahmen der Integrierten Fachplanung wurde festgestellt, dass Familien zunehmend in den Westen Altonas (Sülldorf, Iserbrook, Rissen) ziehen, da hier der Wohnraum eher noch bezahlbarer ist. Bei den Abgleichen zwischen Bedarfen und Angeboten wurde festgestellt, dass die Sozialinfrastruktur in diesen Regionen im Verhältnis zum östlichen Bereich Altonas deutlich schwächer ist. Daher wird eine strukturelle Stärkung des Altonaer Westens angestrebt. In Rissen befinden sich 2 große Wohnunterkünfte (Sieverstücken und Suurheid 111). Vor einigen Jahren ist dort eine Außenstelle des KiFaZ Lurup in Trägerschaft des DKSB entwickelt worden. Die Anfangsfinanzierung dieses sog. „Kleinen

KiFaZ“ erfolgte über den Quartiersfonds. Inzwischen hat sich das Angebot etabliert und wird ab 2023 in die Regelfinanzierung überführt und über Mittel der Familienförderung finanziert. Damit haben wir in 2023 eine weitere Einrichtung der Familienförderung.

Große Chance und Herausforderung ist die Diversität. Hier ist insbesondere die Zahl der Menschen mit „Migrationshintergrund“ zu beachten. Dies ist immer noch ein deutlicher Armutsfaktor. Auch Kinder von Alleinerziehenden und Kinder sind deutliche Armutsfaktoren. Neben den zuvor genannten Gruppen, sind zunehmend adäquate Angebote für Patchworkfamilien, Familien mit zwei Vätern oder Müttern etc. aufzubauen.

5. Gibt es noch etwas, was Sie uns mitteilen möchten?

(z.B. Themen oder absehbare Herausforderungen der Zukunft, qualifizierte Ergänzungen bzw. Erläuterungen zum quantitativen Berichtswesen)

Zukünftige Themen werden die Traumata-Bewältigung von Geflüchteten aus Kriegs- und Krisengebieten, fehlende medizinische und psychosoziale Versorgung durch Mangel an Kinderärzt*innen und Psycholog*innen sowie die Armutsbekämpfung sein. Wir danken an dieser Stelle den Kolleginnen in der Sozialbehörde für die konstruktive Zusammenarbeit, die hochwertige fachliche Beratung und Begleitung und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.